

396791-2026 - Wettbewerb

Deutschland – Bauleistungen im Hochbau – Abbruch und Neubau Gefahrenabwehr- und Gesundheitszentrum des Kreises Offenbach in Dietzenbach als GU-Leistung

OJ S 110/2026 10/06/2026

**Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Bauleistungen**

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Kreis Offenbach - Fachdienst 37 – Brand- und Katastrophenschutz

E-Mail: vergabe@heag.de

Rechtsform des Erwerbers: Lokale Gebietskörperschaft

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Abbruch und Neubau Gefahrenabwehr- und Gesundheitszentrum des Kreises Offenbach in Dietzenbach als GU-Leistung

Beschreibung: Schlüsselfertige Erstellung eines multifunktionalen Verwaltungsgebäudes mit Leitstelle einschließlich Freiflächen auf der Liegenschaft des Gefahrenabwehr- und Gesundheitszentrums - Komplet- und Teilabbruch von Bestandsgebäuden - Erneuerung der Ver- und Entsorgungs-Infrastruktur - Während der gesamten Bauzeit ist der Betrieb von auf dem Grundstück befindlichen Gebäuden und Nutzungen jederzeit zu gewährleisten: - insbesondere Betrieb und Funktion der zentralen Leitstelle des Kreises Offenbach zur Entgegennahme von Notrufen - Aufrechterhaltung der Energie- und Medienversorgung der Bestandsnutzungen während der Bauphase - Sicherstellen der Zugänglichkeit für Nutzer und Besucher, der Feuerwehrezufahrt und der Rettungswege der Bestandsnutzungen während der Bauphase

Kennung des Verfahrens: 10ee2c54-a32a-4818-9659-899624374924

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Bauleistungen

Haupteinstufung (cpv): 45210000 Bauleistungen im Hochbau

2.1.2. Erfüllungsort

Land, Gliederung (NUTS): Offenbach, Landkreis (DE71C)

Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Zusätzliche Informationen Mit dem Teilnahmeantrag einzureichen sind: 1. Eigenerklärung, dass Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB nicht vorliegen. Für die geforderten Erklärungen ist der den Vergabeunterlagen beigefügte Teilnahmeantrag zu verwenden, soweit mit dem Angebot keine Einheitliche Europäische Eigenerklärung vorgelegt wird. Präqualifizierte Unternehmen führen den Nachweis der Eignung durch den Eintrag in die

Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) und ggf. ergänzt durch geforderte auftragsspezifische Einzelnachweise. Bei Einsatz von Nachunternehmern ist auf gesondertes Verlangen nachzuweisen, dass diese präqualifiziert sind oder die Voraussetzung für die Präqualifikation erfüllen, ggf. ergänzt durch geforderte auftragsspezifische Einzelnachweise. Weitere Angaben, die nicht von der PQ erfasst sind, müssen gesondert unter Verwendung des Formblattes "Teilnahmeantrag" sowie der hierzu gehörigen Anlagen getätigt werden. 2. Bewerber-/Bietergemeinschaften (Anlage 1 zum Teilnahmeantrag) Bewerber-/Bietergemeinschaften sind zugelassen und werden wie Einzelbieter behandelt, § 6 Abs. 3 Nr. 2 EU VOB/A. Sofern Bewerber-/Bietergemeinschaften in den Vergabeunterlagen nicht ausdrücklich genannt werden, sind unter dem Begriff Bewerber-/Bieter auch Bietergemeinschaften zu verstehen. Die nachträgliche Bildung von Bietergemeinschaften aus zur Angebotsabgabe aufgeforderten Bietern/Bietergemeinschaften führt zum Angebotsausschluss. 3. Eignungsleihe: Für den Fall, dass Bieter zum Nachweis der eigenen Eignung auf die Ressourcen/Mittel von dritten Unternehmen verweisen, ist das Formblatt „Anlage 2 zum Teilnahmeantrag: Verpflichtungserklärung "anderer Unternehmen" (Eignungsleihe)“ zu verwenden. 4. Eigenerklärung zu Artikel 5k Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der zum Zeitpunkt der Bekanntmachung aktuellen Fassung (Anlage 3 zum Teilnahmeantrag). 5. Verpflichtungserklärung zu Tariftreue und Mindestlohn bei öffentlichen Aufträgen unter Berücksichtigung der Vorgaben des Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetz (HVTG) vom 12. Juli 2021 (Anlage 4 zum Teilnahmeantrag). 6. Eigenerklärung zur Teilnahme am Sozialkassenverfahren (Anlage 5 zum Teilnahmeantrag) 7. Bewerberfragen dürfen bis 10 Kalendertage vor Teilnahmefrist über das Kommunikationstool der Vergabepattform gestellt werden. Der Auftraggeber behält sich vor, später eingehende Nachrichten nicht zu beantworten. Der Auftraggeber empfiehlt dringend, die Teilnahmeanträge mit angemessenem zeitlichen Vorlauf hochzuladen und eventuelle Restriktionen durch die bieter eigene IT-Infrastruktur (Kapazität des zur Verwendung vorgesehenen Internetanschlusses, Firewalls, etc.) vorab zu prüfen. 8. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass entgegen § 12a Abs. 1 Nr. 1 S. 1 VOB/A EU die informatorischen Vergabeunterlagen nicht vollständig sind und daher nicht zur Angebotsabgabe verwendet werden können. Der mit dieser Vorgehensweise bewirkte Schutz der Vertraulichkeit der Informationen ist notwendig, um die Sicherheitsinteressen im Sinne des § 107 Abs. 2 GWB zu wahren.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vob-a-eu -

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Korruption:

Betrug:

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung:

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels:

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung:

Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten:

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen:

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen:

Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen:

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs:

Schwerwiegendes berufliches Fehlverhalten:

Täuschung, Zurückhaltung von Informationen, Unfähigkeit zur Vorlage erforderlicher Unterlagen oder Erlangung vertraulicher Informationen zu dem Verfahren:
Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren:
Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens:
Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen:
Verstoß gegen die in den rein innerstaatlichen Ausschlussgründen verankerten Verpflichtungen:
Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Sozialversicherungsbeiträgen:
Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Steuern:
Einstellung der gewerblichen Tätigkeit:
Zahlungsunfähigkeit:
Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter:
Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften:

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Abbruch und Neubau Gefahrenabwehr- und Gesundheitszentrum des Kreises Offenbach in Dietzenbach als GU-Leistung

Beschreibung: Schlüsselfertige Erstellung eines multifunktionalen Verwaltungsgebäudes mit Leitstelle einschließlich Freiflächen auf der Liegenschaft des Gefahrenabwehr- und Gesundheitszentrums - Komplett- und Teilabbruch von Bestandsgebäuden - Erneuerung der Ver- und Entsorgungs-Infrastruktur - Während der gesamten Bauzeit ist der Betrieb von auf dem Grundstück befindlichen Gebäuden und Nutzungen jederzeit zu gewährleisten: - insbesondere Betrieb und Funktion der zentralen Leitstelle des Kreises Offenbach zur Entgegennahme von Notrufen - Aufrechterhaltung der Energie- und Medienversorgung der Bestandsnutzungen während der Bauphase - Sicherstellen der Zugänglichkeit für Nutzer und Besucher, der Feuerwehruzufahrt und der Rettungswege der Bestandsnutzungen während der Bauphase
Interne Kennung: LOT-0001 E87865647

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Bauleistungen
Haupteinstufung (cpv): 45210000 Bauleistungen im Hochbau

5.1.2. Erfüllungsort

Land, Gliederung (NUTS): Offenbach, Landkreis (DE71C)
Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Laufzeit: 30 Monate

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: nein

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Auswahlkriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Eintragung in das Handelsregister

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Eigenerklärung zur Eintragung im Berufs- oder Handelsregister Der Bewerber / Bieter erklärt, - dass er, sofern er nach den Rechtsvorschriften des Staates, in dem er niedergelassen ist, eintragungspflichtig ist, auf gesonderte Anforderung der Vergabestelle einen aktuellen Auszug aus dem Berufs- oder Handelsregister oder einem vergleichbaren Handelsregister unseres Heimatlandes vorlegen wird, (soweit zutreffend); - dass er auf gesonderte Anforderung der Vergabestelle die Erlaubnis zur Berufsausübung in geeigneter Weise nachweisen wird.

Kriterium: Allgemeiner Jahresumsatz

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Eigenerklärung zum Netto-Gesamtjahresumsatz in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren Angabe des Gesamtumsatzes des Unternehmens in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren in Euro netto, wenn in dem jeweiligen Geschäftsjahr ein Umsatz erwirtschaftet wurde. Eine Geschäftstätigkeit von mindestens 3 Geschäftsjahren ist nicht gefordert. Bei Bewerber-/ Bietergemeinschaften ist der Gesamtumsatz für die letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre von jedem Mitglied der Bewerber-/ Bietergemeinschaft anzugeben. Bei Bewerbergemeinschaften werden bei der Ermittlung des jährlichen Umsatzes die Jahresumsätze der Mitglieder der Bewerbergemeinschaft addiert. Will ein Bewerber/ Bieter oder eine Bewerber-/ Bietergemeinschaft zum Nachweis seiner/ ihrer eigenen Eignung bzgl. der „wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit“ die Kapazitäten anderer/ dritter Unternehmen in Anspruch nehmen, d.h. auf deren Eignungsnachweise verweisen – „Eignungsleihe“ – sind die vorstehend genannten Angaben voll-ständig von den anderen/ dritten Unternehmen, auf die der Bewerber/ die Bewerbergemeinschaft zum Nachweis der eigenen Eignung verweist, abzugeben/ vorzulegen. Mindestanforderung: Der Bewerber muss über einen Jahresumsatz von mind. 24 Mio. Euro pro Geschäftsjahr verfügen.

Kriterium: Berufliche Risikohaftpflichtversicherung

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Eigenerklärung zur bestehenden Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung Der Bewerber/ Bieter bzw. für die Mitglieder der Bewerber-/ Bietergemeinschaft der bevollmächtigte Vertreter erklärt: dass er über eine projektbezogene Haftpflichtversicherung mit folgenden Mindestdeckungssummen für mindestens zwei Schadensfälle im Jahr jeweils maximiert auf folgende Beträge verfügt: • für Personenschäden: 10 Mio. Euro • für Vermögens- Sach- und Umweltschäden: 7,5 Mio. Euro Die Versicherung muss auch die Risiken einer fehlerhaften Planung abdecken. Die Versicherung muss bei einem in der EU zugelassenem Versicherungsunternehmen bestehen. Für den Fall, dass eine solche Versicherung nicht besteht, erklärt der Bewerber/ Bieter, dass er im Falle einer Beauftragung diese Versicherung unverzüglich nach Zuschlag abschließen wird. Die Kopie des Versicherungsscheins muss spätestens 2 Wochen nach Zuschlagserteilung vorgelegt werden.

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Arbeiten

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Der Bewerber muss mindestens drei geeignete Unternehmensreferenzen angeben. Referenzen gelten als vergleichbar, sofern sie die folgenden Anforderungen erfüllen: • die Errichtung (Neubau oder Sanierung) eines Gebäudes als Generalunternehmer/ Generalübernehmer zur Nutzung durch einen öffentlichen Auftraggeber nach § 99 GWB oder einen Sektorenauftraggeber nach § 100 GWB mit KRITIS-Bezug und einem Auftragswert (d.h. Wert der Schlussrechnung) von jeweils mindestens 15

Millionen Euro (netto). Davon muss mindestens eine Referenz, die Errichtung eines Gebäudes unter Aufrechterhaltung von im Betrieb befindlichen Gebäuden oder Nutzungen, die sich in unmittelbarem Zusammenhang oder Umfeld des zu errichtenden Bauwerks befanden, zum Gegenstand haben. Hinweis: Unter „Sanierung“ fallen Umbauten, mithin Umgestaltungen eines vorhandenen Objekts mit wesentlichen Eingriffen in Konstruktion oder Bestand, Modernisierungen, also bauliche Maßnahmen zur nachhaltigen Erhöhung des Gebrauchswertes eines Objekts, Instandsetzungen, mithin Maßnahmen zur Wiederherstellung des zum bestimmungsgemäßen Gebrauch geeigneten Zustandes (Soll-Zustandes) eines Objekts. Es werden ausschließlich abgenommene Referenzen gewertet, bei denen der Abschluss der Leistungserbringung (rechtsgeschäftliche Abnahme) nicht länger als 10 Jahre zurück liegt. Es gilt der Zeitraum von der rechtsgeschäftlichen Abnahme des Referenzobjektes bis zum Schlusstermin für den Eingang der Teilnahmeanträge. Hinweis: Der Auftraggeber behält sich vor die Angaben zu den eingereichten Referenzprojekten beim Bewerber durch geeignete Maßnahmen (u.a. Kontaktaufnahme zum Ansprechpartner des Referenzobjekts) zu verifizieren. Es sind zu den Referenzen folgende Angaben zu machen:

- Name des Auftraggebers,
- Referenzprojekt,
- Wert der Schlussrechnung,
- Zeitraum der Leistungserbringung,
- Auftraggeber ist Auftraggeber nach § 99 GWB oder § 100 GWB,
- Errichtung eines Gebäudes als Generalunternehmer/ Generalübernehmer mit KRI-TIS-Bezug,
- Errichtung eines Gebäudes zur Nutzung durch die öffentliche Hand mit sicherheitsrelevantem Bezug (bspw. Berufsfeuerwehr, den Katastrophenschutz, die Polizei oder den Rettungsdienst),
- Errichtung eines Gebäudes unter Aufrechterhaltung von im Betrieb befindlichen Gebäuden oder Nutzungen.

Sollten mehr als die Höchstzahl der für die Angebotsaufforderung vorgesehenen Bewerber die Mindestanforderungen erfüllen, werden diese Referenzen anhand der nachstehenden Auswahlkriterien bepunktet. Nur Referenzen, die die Mindestkriterien erfüllen, können anhand der Auswahlkriterien Punkte erhalten. Sollten mehr als vorgegebene Anzahl an Referenzen eingereicht werden, wird der Auftraggeber diese anhand der Auswahlkriterien bewerten und die Referenzen, die die höchste Punktzahl erhalten, in der Auswahlentscheidung berücksichtigen. Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

Auswahlkriterium 1: Gebäude mit sicherheitsrelevantem Bezug Besser bewertet werden Referenzen, die die vorgenannten Mindestanforderungen erfüllen, bei denen das Gebäude (über die Mindestanforderung KRITIS hinaus) einen sicherheitsrelevanten Bezug (bspw. Feuerwehr, Katastrophenschutz, Polizei, Bundeswehr oder Rettungsdienst) aufweist.

- keine Referenz mit sicherheitsrelevantem Bezug 0 Punkte
- eine Referenz mit sicherheitsrelevantem Bezug 5 Punkte
- zwei Referenzen mit sicherheitsrelevantem Bezug 10 Punkte
- drei Referenzen mit sicherheitsrelevantem Bezug 15 Punkte

Auswahlkriterium 2: Gebäude mit Zentraler Leitstelle Besser bewertet werden Referenzen, die die vorgenannten Mindestanforderungen erfüllen, bei denen die Errichtung eines Gebäudes mit einer zentralen Leitstelle durchgeführt wurde.

- keine Referenz mit Leistungsinhalt Gebäudes inklusive Zentrale Leitstelle 0 Punkte
- eine Referenz mit Leistungsinhalt Gebäudes inklusive Zentrale Leitstelle 5 Punkte
- zwei Referenzen mit Leistungsinhalt Gebäudes inklusive Zentrale Leitstelle 10 Punkte
- drei Referenzen mit Leistungsinhalt Gebäudes inklusive Zentrale Leitstelle 15 Punkte

Auswahlkriterium 3: Höhe der Schlussrechnung Besser bewertet werden Referenzen, mit einem Auftragswert von 20 Millionen Euro (netto) (gemessen an der Höhe der Schlussrechnung).

- keine Referenz mit Schlussrechnung von über 20 Millionen Euro 0 Punkte
- eine Referenz mit Schlussrechnung von über 20 Millionen Euro 5 Punkte
- zwei Referenzen mit Schlussrechnung von über 20 Millionen Euro 10 Punkte
- drei Referenzen mit Schlussrechnung von über 20 Millionen Euro 15 Punkte

Es können 45 Punkte erreicht werden.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 5

Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Preis

Bezeichnung: Angebotspreis

Beschreibung: Wir verweisen auf Ziffer 6.1 der Aufforderung zur Angebotsabgabe.

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 70

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Projektteam

Beschreibung: Wir verweisen auf Ziffer 6.2 der Aufforderung zur Angebotsabgabe.

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 20

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Umsetzungskonzept

Beschreibung: Wir verweisen auf Ziffer 6.3 der Aufforderung zur Angebotsabgabe.

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 10

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.subreport.de/E87865647>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.subreport.de/E87865647>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 09/07/2026 09:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Die Nachforderung von Unterlagen wird über die Bieterkommunikation kommuniziert. Der Auftraggeber behält es sich vor, fehlende oder unvollständige Unterlagen nachzufordern, § 16a Abs. 1 EU VOB/A.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Schlichtungsstelle: Vergabekammer des Landes Hessen beim Regierungspräsidium Darmstadt

Überprüfungsstelle: Vergabekammer des Landes Hessen beim Regierungspräsidium Darmstadt

Informationen über die Überprüfungsfristen: Für die Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens vor der Vergabekammer gelten u. a. die §§ 160 f. GWB. Diese haben folgenden Wortlaut: "§ 160 Einleitung, Antrag (1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. (2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht. (3) Der Antrag ist unzulässig, soweit 1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt, 2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2. § 134 Absatz 1 Satz 2 bleibt unberührt. § 161 Form, Inhalt (1) Der Antrag ist schriftlich bei der Vergabekammer einzureichen und unverzüglich zu begründen. Er soll ein bestimmtes Begehren enthalten. Ein Antragsteller ohne Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt, Sitz oder Geschäftsleitung im Geltungsbereich dieses Gesetzes hat einen Empfangsbevollmächtigten im Geltungsbereich dieses Gesetzes zu benennen. (2) Die Begründung muss die Bezeichnung des Antragsgegners, eine Beschreibung der behaupteten Rechtsverletzung mit Sachverhaltsdarstellung und die Bezeichnung der verfügbaren Beweismittel enthalten sowie darlegen, dass die Rüge gegenüber dem Auftraggeber erfolgt ist; sie soll, soweit bekannt, die sonstigen Beteiligten benennen." Ferner wird auf die Frist gemäß § 135 Abs. 2 GWB hingewiesen. Hiernach kann die Unwirksamkeit eines öffentlichen Auftrags wegen eines Verstoßes gegen § 134 GWB (Informations- und Wartepflicht) oder wegen einer Vergabe ohne vorheriger Veröffentlichung einer Bekanntmachung im Amtsblatt der EU nur in einem Nachprüfungsverfahren festgestellt werden, wenn sie im Nachprüfungsverfahren innerhalb von 30 Kalendertagen nach der Information der betroffenen Bieter und Bewerber durch den öffentlichen Auftraggeber über den Abschluss des Vertrags, jedoch nicht später als sechs Monate nach Vertragsschluss geltend gemacht worden ist. Hat der Auftraggeber die Auftragsvergabe im Amtsblatt der EU bekannt gemacht, endet die Frist zur Geltendmachung der Unwirksamkeit 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der Bekanntmachung der Auftragsvergabe im Amtsblatt der EU.

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Kreis Offenbach - Fachdienst 37 – Brand- und Katastrophenschutz
Registrierungsnummer: Leitweg-ID 00004236
Postanschrift: Gottlieb-Daimler-Str. 10
Stadt: Dietzenbach
Postleitzahl: 63128
Land, Gliederung (NUTS): Offenbach, Landkreis (DE71C)
Land: Deutschland
E-Mail: vergabe@heag.de
Telefon: +49 61517092538
Rollen dieser Organisation:
Beschaffer

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer des Landes Hessen beim Regierungspräsidium Darmstadt
Registrierungsnummer: 06151126603
Postanschrift: Luisenplatz 2
Stadt: Darmstadt
Postleitzahl: 64283
Land, Gliederung (NUTS): Darmstadt, Kreisfreie Stadt (DE711)
Land: Deutschland
E-Mail: vergabekammer@rpda.hessen.de
Telefon: +49 6151126603
Fax: +49 6151125816
Rollen dieser Organisation:
Überprüfungsstelle
Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt
Schlichtungsstelle

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)
Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83
Stadt: Bonn
Postleitzahl: 53119
Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)
Land: Deutschland
E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de
Telefon: +49228996100
Rollen dieser Organisation:
TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 29d52965-a831-47d1-aea3-6392febabd37 - 01
Formulartyp: Wettbewerb
Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Unterart der Bekanntmachung: 16
Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 08/06/2026 11:15:20 (UTC+02:00)
Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit
Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch
Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 396791-2026
ABl. S – Nummer der Ausgabe: 110/2026
Datum der Veröffentlichung: 10/06/2026